

1457/AB
vom 04.07.2025 zu 1822/J (XXVIII. GP)
Bundesministerium bmwet.gv.at
Wirtschaft, Energie und Tourismus

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.354.941

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)1822/J-NR/2025

Wien, am 4. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Michael Schnedlitz und weitere haben am 06.05.2025 unter der **Nr. 1822/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Druck und Maßnahmen aufgrund der Verweigerung einer COVID-Impfung in Ihrem Ressort** gerichtet.

Diese Anfrage, die sich zur Gänze auf vor meiner Amtszeit gelegene Sachverhalte bezieht, beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2

- *Wurde seitens Ihres Ressorts jemals die COVID-19-Impfung aktiv von Bediensteten verlangt oder erwartet?*
 - *Wenn ja, ab welchem Zeitpunkt und über welchen Zeitraum hinweg?*
 - *Wenn ja, in welcher Form erfolgte diese Erwartung bzw. Anordnung (schriftlich, mündlich, über Rundschreiben etc.)?*
 - *Wenn ja, mit welchen Argumenten oder Begründungen wurde dies intern kommuniziert?*
- *Wurden Bedienstete Ihres Ressorts in irgendeiner Weise unter Druck gesetzt, sich gegen COVID-19 impfen zu lassen?*
 - *Wenn ja, wie konkret wurde dieser Druck ausgeübt (z. B. durch Vorgesetzte oder interne Schreiben)?*

- Welche Formen von direktem oder indirektem Zwang wurden dokumentiert oder gemeldet?

Weder wurde eine COVID-19 Impfung verlangt oder erwartet, noch wurden die Bediensteten unter Druck gesetzt wurden, sich impfen zu lassen.

Zu den Fragen 3 bis 7

- Kam es zu dienstrechtlichen oder sonstigen Konsequenzen für Bedienstete, die sich nicht impfen ließen?
 - Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen wurden ergriffen (z. B. Versetzung, Ausschluss von internen Bewerbungen, Verweigerung von Fortbildungen, negative Leistungsbeurteilungen etc.)?
- Gab es Einschränkungen im Dienstbetrieb oder bei der Tätigkeit der betroffenen Personen (z. B. Zugang zu Dienststellen, Teilnahme an Besprechungen, Homeoffice-Zwang)?
 - Wenn ja, wie viele Personen waren davon betroffen?
- Wurde innerhalb Ihres Ressorts intern dokumentiert, wer geimpft bzw. nicht geimpft ist?
 - Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgte diese Erhebung?
 - Wenn ja, wie wurden diese sensiblen Daten gespeichert und wer hatte Zugriff?
- Wurden Bewerberinnen und Bewerber bei Stellenausschreibungen benachteiligt oder ausgeschlossen, wenn sie keinen COVID-19-Impfnachweis vorlegen konnten oder wollten?
- Wurden Bedienstete Ihres Ressorts, die sich nicht impfen ließen, öffentlich oder intern diskriminiert, stigmatisiert oder anderweitig unter Druck gesetzt?
 - Wenn ja, wie viele Fälle dieser Art wurden bekannt oder gemeldet?
 - Wenn ja, welche Maßnahmen wurden gegebenenfalls gesetzt, um solche Missstände zu unterbinden?

Nein.

Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer

Elektronisch gefertigt

